

Mitgliederzeitung des Kreisverbandes Mönchengladbach im Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V.
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand des VdK-Kreisverbandes Mönchengladbach • Friedhofstraße 39 • 41236 Mönchengladbach

„INKLUSION IST MEHR ALS ...“

Von Bernhard Wilms



Unter diesem Motto stand das Forum, das der VdK-Kreisverband Mönchengladbach am 06.07.2013 aus Anlaß der Bundestagswahl im Haus Erholung veranstaltete.

Das Motto erscheint auf den ersten Blick unvollständig ... unvollständig wie die gesamte Diskussion um dieses Thema. Und das nicht erst seit heute.

Wenn wir uns unsere deutsche Geschichte ins Gedächtnis zurückrufen, dann wurden Behinderte und andere vermeintlich „nicht normale“ Menschen ausgeschlossen. Sie gehörten nicht dazu. Sie wurden ausgegrenzt. Sie wurden „exkludiert“.

AUSGRENZUNGEN WÄHREND UND NACH DER NS-ZEIT

Und weil alles seine Ordnung haben musste, wurden sie später dann „eingesammelt“ und separiert. Sie wurden weggeschlossen und das nicht selten sogar unter christlicher Obhut.

Diese Separation fand ihren unrühmlichen Höhepunkt im Dritten Reich und mündete nicht zuletzt in der Vernichtung „nicht lebenswerten Lebens“.

Noch vor den Judenmorden fanden in „speziellen Einrichtungen“, wie in Grafeneck bei Reutlingen und später in Hadamar in Hessen im Zuge der „Euthanasie“ Zwangssterilisationen und Morde an Behinderten und psychisch Kranken statt. Der interne Name war damals: „Aktion T4“.

Mehr als 200.000 Menschen waren betroffen. Hadamar war Forensik, Psychiatrie und dann Tötungsan-

stalt. Separiert wurde aber auch teilweise noch nach dem Krieg.

Ich kann mich beispielsweise nicht erinnern, in meiner Jugend auf der Straße mit Ausnahme von Kriegsversehrten einen behinderten Menschen gesehen zu haben. Kinder erst recht nicht. Auch in den Schulen gab es sie nicht!

GRUNDGESETZ VIELFACH UNBEACHTET

Die Väter des Grundgesetzes haben nach dem 2. Weltkrieg unter Artikel 3 Abs. 3 auch die Rechte von behinderten Menschen festgeschrieben: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Wir müssen feststellen: Die meisten politisch Verantwortlichen und große Teile der Gesellschaft haben diesen wesentlichen Teil des Grundgesetzes nicht beachtet.

Erst jetzt, also zu Beginn des 21. Jahrhunderts und auch erst angestoßen durch die UN kommen wir in Deutschland recht zögerlich auf die Idee, dass Behinderte doch Bestandteil der Gesellschaft sind.

Stark verzögert auch deswegen, weil wir nicht nur das Grundgesetz unberücksichtigt, sondern auch eine Vielzahl von internationalen Abkommen die für die Betroffenen eine Verbesserung der Lebenssituation herbeiführen sollten, außer Acht gelassen haben.

Die Gesellschaft hat nun das nachzuholen, was schon längst überfällig ist, nämlich dass zur „Gesellschaft zu gehören“ ein elementares Menschenrecht ist. Und das nennen wir nun Inklusion.

UN-BEHINDERTENRECHTS-KONVENTION MASSGEBLICH

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bedeutet inhaltlich nicht so viel Neues, aber sie definiert den notwendigen Handlungsbedarf in den Unterzeichnerstaaten und begründet in diesen Fällen einen Rechtsanspruch der Betroffenen, der zwingend notwendig erscheint.

Das Schlimme daran ist, dass – so die Wahrnehmung vieler – beim Thema „Inklusion“ allen Ernstes zunächst einmal danach gesucht wird, warum etwas nicht geht.

Und das merken wir auch hier „vor Ort“.

Auch wenn sich die aktuelle Diskussion momentan stark auf das Thema Bildung zu fokussieren scheint, so ist Inklusion in Wirklichkeit mehr als das.

Vor allem ist Inklusion weit mehr als „stolz“ darauf zu sein, viele „Behinderteneinrichtungen“ in unserer Stadt zu haben, wie seitens mancher Kommunalpolitiker zu vernehmen ist.

Inklusion ist auch mehr als permanentes Fordern nach Konnexität, also der Ruf nach Geldmitteln von Bund und Land, wobei vollkommen außer Acht gelassen wird, dass viele Aspekte der Inklusion auch ohne große Finanzaufwendungen realisiert werden können.

Im Vergleich mit anderen Staaten kann man sich – unterm Strich gesehen – des Eindrucks nicht oder nur schwer erwehren, dass Deutschland in Sachen Inklusion eher noch ein Entwicklungsland ist.

VdK „RADIKALER INKLUSIONIST“?

Das gilt es zu ändern und das ist eines der Ziele des Sozialverbandes VdK.

Die Rheinische Post beschrieb den VdK in ihrer Ausgabe vom 28.06.2013 in ihrem Leitartikel auf Seite 2 als „radikalen Inklusionisten“. Eine interessante Wortschöpfung!

Wenn der Begriff „radikal“ mit „konsequent“ oder „engagiert“ interpretiert wird, können wir damit ganz gut leben!

KEINE LIPPENBEKENNTNISSE!

Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt die Verhältnisse in unserer Stadt betrachten, müssen wir feststellen, dass mit Ausnahme von Lippenbekenntnissen seitens des Oberbürgermeisters, einiger Dezerenten und vieler Kommunalpolitiker zum Thema „Inklusion“ kaum etwas geschieht.

Der Oberbürgermeister ist es, der alles, was mit diesem Thema im Zusammenhang zu bringen ist, nämlich Bildung, Barrierefreiheit, usw. unter dem Vorbehalt der so genannten „Konnexität“ stellt.

Das würde bedeuten, dass in Mönchengladbach nur dann etwas hinsichtlich Inklusion geschehen wird, wenn die Landes- und/oder Bundesregierung der Stadt Finanzmittel zur Verfügung stellen. Eine Konsequenz, für die die Betroffenen wenig Verständnis aufbringen würden.

INKLUSIONSFORUM MIT KOMPETENZEN AUF DEN PODIEN UND IM PUBLIKUM

Die beiden Podien, das „Regional-Podium“ und das Podium mit Mönchengladbacher Bundestagskandidaten, wurden von der Kölner Fachmoderatorin für soziale Themen, Cornelia Benninghoven, geleitet.



Hans-Willi Körfges



Werner Knor



Thomas Zander



Dr. Gert Fischer

TEILNEHMER REGIONAL-PODIUM

Die Teilnehmer des Regional-Podiums, MdL Hans-Willi Körfges, Werner Knor, stellv. Vorsitzender KV Mönchengladbach, Thomas Zander, Geschäftsführer des VdK-LV und Dr. Gert Fischer, Mitglied des Verwaltungsvorstandes der Stadt Mönchengladbach (in Vertretung von OB Norbert Bude) diskutierten u.a. darüber, unter welchen Randbedingungen das Land NRW die Umsetzung von Inklusion in Mönchengladbach unterstützen kann.

Schwerpunkte der Diskussionen mit den Bundestagskandidaten Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen), Bernhard Clasen (DIE LINKE), Joachim Stockschräger (FDP) und Gülistan Yüksel (SPD) lagen auf Auswirkungen der Gesetzgebungen des Bundes zur die Umsetzung von Inklusion in den Kommunen und speziell in Mönchengladbach.



Dr. Gerd Brenner



Bernd Clasen



Joachim Stockschräger



Gülistan Yüksel

BUNDESTAGSKANDIDATEN

Im Verlauf der Podien brachten Teilnehmer aus dem Publikum ihre ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen in die Diskussion ein. Sie lieferten teilweise sehr kritische und wertvolle Beiträge - auch für die Fortführung der Aktivitäten des VdK Mönchengladbach zum weiten Feld „Inklusion in Mönchengladbach“.



Petra Gallee betreut seit Jahren in Düsseldorf Schwerstbehinderte unterschiedlichen Alters und sorgt sich u.a. darum, dass es für Kinder mit Behinderungen in Regelschulen keine wirklichen Niveau-Orientierungen geben würde.



Peter Gabor, Regionalbeauftragter des Verbandes „Leben mit Usher-Syndrom“ erklärte nachdrücklich:

„Inklusion ist nur machbar, wenn Betroffene eingebunden sind.“

Außerdem forderte er, dass die Eingliederungshilfe aus dem SGB IX herausgenommen wird, weil diese Zuordnung vielfach zu Benachteiligungen führe.



Doris Küppers von der Hephata-Beschäftigungsgesellschaft erklärte u.a., dass man intensiv auf der Suche nach Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen sei.



Reinhold Schiffers weist als Vorsitzender der Lehrgewerkschaft GEW in Mönchengladbach darauf hin, dass für alle die in bestimmten Traditionen beschäftigt seien, Inklusion nicht das sei, was im täglichen „Handwerk“ im Vordergrund stehe. Hier müsse man „den Hebel umwerfen“.



Ulrike Bamberg und **Ralf Weitz** vom Turnverein Schiefbahn berichteten davon, wie der Verein über 120 behinderten Kindern und deren Eltern die Möglichkeit bietet, Sport im Sinne von „Inklusion“ betreiben zu können.

AUSBLICK

Die mehrstündige Veranstaltung wird derzeit weiter ausgewertet.

Die angesprochenen und auch weitere Inklusionsthemen werden durch den VdK-Kreisverband in den Kommunalwahlkampf 2014 „hineintragen“, um die Oberbürgermeisterkandidaten und die Parteien durch „Wahlprüfsteine“ zu Positionierungen zum Thema „Inklusion in Mönchengladbach“ zu veranlassen; Diskussionsrunde mit OB-Kandidaten eingeschlossen.